

Öffentliches Recht in Nordrhein-Westfalen

Dietlein / Hellermann

9. Auflage 2022
ISBN 978-3-406-79010-2
C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei
beck-shop.de

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen.

beck-shop.de hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird beck-shop.de für sein

umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

Landesrecht
Nordrhein-Westfalen


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Öffentliches Recht in Nordrhein-Westfalen

Verfassungsrecht
Kommunalrecht
Polizei- und Ordnungsrecht
mit Versammlungsrecht
Öffentliches Baurecht
Verwaltungsprozessuale Grundlagen

Eine prüfungsorientierte Darstellung

von

Univ.-Prof. Dr. iur. Johannes Dietlein
Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

und

Univ.-Prof. Dr. iur. Johannes Hellermann
Universität Bielefeld

9. Auflage 2022



Zitiervorschlag:
Dietlein/Hellermann, Öffentl. Recht NRW, §, Rn.


DIE FACHBUCHHANDLUNG

www.beck.de

ISBN 978 3 406 79010 2

© 2022 Verlag C. H. Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
Druck: Druckerei C. H. Beck, Nördlingen
(Adresse wie Verlag)

Satz: jürgen ullrich typesatz, 86720 Nördlingen
Umschlaggestaltung: Druckerei C. H. Beck, Nördlingen


chbeck.de/nachhaltig

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort zur neunten Auflage

Erneut haben die Verfasser für die überaus freundliche Aufnahme der Voraufgabe dieses Werkes zu danken, das seit nunmehr über 15 Jahre einen festen Platz in der Ausbildungsliteratur für Studierende sowie für Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendare in Nordrhein-Westfalen einnimmt.

Grundlegende **Gesetzesreformen** in den Bereichen des Polizei- und Baurechts in NRW haben bereits in der siebten Auflage Eingang in dieses Lehrbuch gefunden. Gesetzgeberische Nachschärfungen finden sich in der neuen Auflage für das **Polizeigesetz NRW**. Eine wichtige, zugleich in hohem Maße prüfungsrelevante Neuerung stellt aber vor allem das Anfang 2022 in Kraft getretene neue **Versammlungsgesetz NRW** dar, das in seinen systematischen Grundlagen im Anhang des polizeirechtlichen Kapitels dargestellt wird. Dieser didaktische Ansatz entspricht dem novellierten Juristenausbildungsgesetz NRW, das das Versammlungsrecht nunmehr neben dem Polizei- und Ordnungsrecht als **neues Pflichtfach** („im Überblick“) nennt (§ 11 Abs. 2 Nr. 13 lit. a JAG NRW). Eine weiterhin dynamische Entwicklung ist für die **Individualverfassungsbeschwerde** zum Verfassungsgerichtshof NRW zu verzeichnen. Die seit dem 1. Januar 2019 eröffnete Rechtsschutzform hat erwartungsgemäß vielfältige neue Problemstellungen mit sich gebracht, die zunehmend auch in Ausbildung und Prüfung Relevanz gewinnen. Nicht zuletzt hinterlässt die **Corona-Pandemie** weiterhin tiefe Spuren in den dargestellten Rechtsgebieten, insbesondere im Verfassungsrecht und im Polizei- und Ordnungsrecht, aber auch im Kommunal- und Baurecht. Im Baurecht hat vor allem die Bekämpfung der Wohnraumknappheit im vergangenen Jahr Aktivitäten des Bundes- und des Landesgesetzgebers ausgelöst.

Erneut sei an dieser Stelle auf das als Ergänzung zu diesem Werk konzipierte Klausurenbuch Öffentliches Recht in Nordrhein-Westfalen verwiesen, das im Jahre 2021 in seiner dritten, grundlegend überarbeiteten Auflage erschienen ist. Das um Vorträge zum öffentlichen Recht erweiterte Klausurenbuch bereitet die zentralen Themen dieses Lehrbuchs auf und liefert damit einen weiteren wichtigen Baustein für eine erfolgreiche Examensvorbereitung.

Der Dank der Verfasser für tatkräftige Unterstützung bei der Erstellung der Neuauflage gilt namentlich Herrn Akad. Rat *Sascha Peters*, Herrn Wiss. Mit. *Martin Leißing*, Herrn Wiss. Mit. Ass. iur. *Johannes Fabi*, Herrn wiss. Mit. *Lucas Walge*, Frau stud. iur. *Rebecca Hermans*, Herrn stud. iur. *Niklas Derwort* sowie Herrn stud. iur. *Johannes Mann* (Universität Düsseldorf) sowie Frau stud. iur. *Christina Huf*, Frau stud. iur. *Charlotte Kölling*, Frau Rechtsreferendarin *Franziska Peitzmeier* und Frau stud. iur. *Laura Wagner* (Universität Bielefeld).

Sollte die Freude am Öffentlichen Recht, die alle an der Entstehung und Aktualisierung des Buches Beteiligten motiviert und mitgetragen hat, auf unsere Leser überspringen, wäre das der schönste Lohn unserer Arbeit.

Düsseldorf/Bielefeld, im Januar 2022

Prof. Dr. J. Dietlein
Prof. Dr. J. Hellermann

Aus dem Vorwort zur ersten Auflage

Anders als das Strafrecht und das Zivilrecht ist das Öffentliche Recht in weitem Umfange landesrechtlich geprägt. Dies gilt namentlich für die verwaltungsrechtlichen Pflichtfächer Kommunalrecht, Polizei- und Ordnungsrecht sowie öffentliches Baurecht. Länderübergreifende Darstellungen können den landesstaatlichen Eigenheiten naturgemäß nur bedingt Rechnung tragen. Für die Studierenden ergeben sich hieraus zusätzliche Schwierigkeiten bei der Erschließung der einschlägigen Rechtsgebiete. Mit dem vorliegenden Lehrbuch soll die skizzierte Problematik in der Lehrbuchliteratur überwunden und den Studierenden an den nordrhein-westfälischen Hochschulen eine auf ihre spezifischen Lernbedürfnisse zugeschnittene Darstellung der zentralen Fach- und Prüfungsgebiete des öffentlichen Rechts an die Hand gegeben werden.

Besonderer Wert wurde dabei auf eine verständliche und übersichtliche Aufbereitung des Stoffes sowie auf eine reiche Fallanschauung gelegt. Weiterführende Hinweise am Ende eines jeden Abschnitts ermöglichen eine rasche Erschließung spezieller Problembereiche. Zahlreiche Kontrollfragen mit beigefügten Antworten geben Aufschluss über den konkreten Lernstand und verhelfen so zu einer gezielten Behebung noch vorhandener Wissenslücken.

Konzipiert wurde das Buch zur vorlesungsbegleitenden Mitarbeit sowie zur systematischen Vorbereitung auf die erste juristische Staatsprüfung im Lande Nordrhein-Westfalen. Zugleich ermöglicht es aber auch den Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendaren in Nordrhein-Westfalen eine schnelle Wiederholung der zentralen Lerngebiete des Öffentlichen Rechts.

Inhaltsübersicht

Inhaltsverzeichnis	IX
Abkürzungsverzeichnis	XXXIII
§ 1. Verfassungsrecht (<i>Dietlein</i>)	1
§ 2. Kommunalrecht (<i>Hellermann</i>)	128
§ 3. Polizei- und Ordnungsrecht (<i>Dietlein</i>)	269
§ 4. Öffentliches Baurecht (<i>Hellermann</i>)	492
§ 5. Verwaltungsprozessuale Probleme in der Fallbearbeitung (<i>Dietlein</i>) ...	625
Sachverzeichnis	653


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Abkürzungsverzeichnis	XXXIII

§ 1. Verfassungsrecht (Dietlein)

A. Verfassungsgeschichtliche Grundlagen	1
I. Bund und Länder nach dem Zusammenbruch des Reiches	1
II. Zur Entstehung des Landes Nordrhein-Westfalen	2
III. Zur Entstehung der Landesverfassung Nordrhein-Westfalens	3
1. Verfassungsberatungen vor Inkrafttreten des Grund- gesetzes	4
2. Verfassungsberatungen nach Inkrafttreten des Grund- gesetzes	4
IV. Anhang	5
B. Verfassungsrechtliche Grundlagen	5
I. Staatsqualität und Verfassungshoheit im Föderalstaat	5
II. Verfassungshoheit und verfassungsgebende Gewalt	6
III. Grundgesetzliche Bindungen des landesstaatlichen Verfassungsgebers	7
1. Die Homogenitätsregel des Art. 28 Abs. 1 GG	7
2. Homogenität im Bereich der Grundrechte	8
3. Art. 31 GG als allgemeine Kollisionsnorm	9
4. In das Landesverfassungsrecht „hineinwirkendes“ Bundes- verfassungsrecht?	9
IV. Anhang	10
C. Die Grundrechte	11
I. Das Verhältnis von Bundes- und Landesgrundrechten	11
II. Art. 4 Abs. 1 LV als „dynamische Rezeption“	12
III. Inhaltliche Reichweite der Rezeptionsanordnung	15
IV. Die einzelnen Grundrechte	18
1. Schutz der Persönlichkeit	18
a) Menschenwürde	18
b) Schutz von Leben, Gesundheit und Freiheit der Person	19
c) Freie Persönlichkeitsentfaltung	19
2. Kommunikationsgrundrechte	19
a) Die Grundrechte des Art. 4 Abs. 1 LV i.V.m. Art. 5 Abs. 1 GG	19
b) Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit	20
c) Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis	20
3. Wirtschaftsgrundrechte (Berufs- und Eigentumsfreiheit)	21

	Seite
4. Religiöse und kulturelle Rechte	21
a) Religions- und Gewissensfreiheit	21
b) Wissenschaftsfreiheit	21
5. Personale Rechtsstellung und personales Umfeld	22
a) Ehe und Familie	22
b) Schule	23
c) Freizügigkeit	24
d) Unverletzlichkeit der Wohnung	24
e) Auslieferung, Ausbürgerung, Asyl	24
6. Gleichheitsrechte	25
7. Justizielle und staatsbürgerliche Rechte	25
8. Grundrechtsverwirkung	25
V. „Soziale Grundrechte“ und „Lebensordnungen“ in der Landes- verfassung	26
1. Zur Kategorie der sozialen Grundrechte	26
2. Lebensordnungen und Staatsziele	27
a) Familie, Schule und Erziehung	27
b) Staat und Kirche	29
c) Wissenschaft, Kunst und Kultur	31
d) Arbeit und Umwelt	32
VI. Anhang	33
D. Strukturprinzipien der nordrhein-westfälischen Landes- verfassung	34
I. Bedeutung des Art. 28 Abs. 1 GG	34
1. Das republikanische Prinzip	35
2. Das demokratische Prinzip	35
a) Direktdemokratische Elemente	35
b) Ausländerwahlrecht	36
c) Arbeitnehmermitbestimmung	37
d) Wahlprüfung	37
3. Das Sozialstaatsprinzip	37
4. Das Rechtsstaatsprinzip	38
5. Das bundesstaatliche Prinzip	38
II. Strukturprinzipien der nordrhein-westfälischen Landesverfas- sung	38
III. Anhang	39
E. Die Verfassungsorgane	40
I. Der Landtag	40
1. Der Landtag im Verfassungsgefüge	40
2. Wahl des Landtages	41
a) Wahlrechtsgrundsätze	41
b) Wahlsystem	42
c) Wahlprüfung	43
d) Wahlkampfkosten	44
e) Wahlverbote	44

	Seite
3. Die Landtagsabgeordneten	44
a) Das freie Mandat	44
b) Flankierende Rechte zum Schutz des freien Mandats	45
aa) Das Behinderungsverbot	45
bb) Indemnität und Immunität	45
cc) Abgeordnetenentschädigung	47
c) Parlamentarische Mitwirkungsrechte	49
4. Die Fraktionen	50
a) Fraktionszwang – Fraktionsdisziplin	51
b) Der Fraktionsausschluss	51
5. Die Opposition	52
6. Die Ausschüsse	52
a) Beteiligung fraktionsloser Abgeordneter	53
b) Untersuchungsausschüsse	53
7. Präsidium – Landtagspräsident	56
II. Die Landesregierung	57
1. Wahl des Ministerpräsidenten	58
2. Misstrauensvotum	59
3. Beendigung des Amtes	59
III. Der Verfassungsgerichtshof	59
IV. Anhang	60
F. Die legislativen und exekutiven Staatsfunktionen (Staatsleitung)	61
I. Gesetzgebung	61
1. Gesetzgebungsverfahren	62
2. Verfassungsändernde Gesetze	62
3. Haushaltsgesetze	63
4. Staatsvertragliche Regelungen	65
5. Verordnungsgebung	65
a) Ermächtigungsadressaten	66
b) Verordnungsermächtigung	67
c) Verordnung	68
d) Notstandsverordnungen	69
6. Satzungsgebung	70
II. Exekutive Staatsfunktionen	70
1. Der Funktionsbereich der Exekutive	70
2. Das Regierungshandeln	71
3. Der Landesrechnungshof	74
4. Der Datenschutzbeauftragte	75
III. Anhang	75
G. Plebiszitäre Elemente in der Landesverfassung	76
I. Die Volksinitiative	77
II. Das Verfahren der Volksgesetzgebung	77
1. Volksbegehren	77
2. Volksentscheid	78

	Seite
III. Volksentscheid auf Antrag der Landesregierung	79
IV. Verfassungsänderungen im Wege der Volksgesetzgebung	79
V. Anhang	80
H. Verfassungsrechtliche Garantie der kommunalen Selbst-	
verwaltung	80
I. Bundesrechtliche Vorgaben und ideengeschichtliche Grundla-	
gen	80
II. Der Gewährleistungsgehalt der Art. 78 f. LV	81
1. Institutionelle Rechtssubjektsgarantie	82
2. Objektive Rechtsinstitutionsgarantie	84
a) Gemeinden	84
aa) Schutzbereich	85
(1) Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft	85
(2) Eigenverantwortlichkeit	86
bb) Ausgestaltungs- und Begrenzungsvorbehalt	87
cc) Verfassungsrechtliche Legitimation	88
(1) „Kernbereich“ und „Randbereich“ kommunaler	
Selbstverwaltung	88
(2) Klausurenschwerpunkt „Aufgabenhochzonung“	89
(a) Legitimes Gemeinwohlinteresse	90
(b) Verhältnismäßigkeitsgrundsatz	90
(3) Überbürdung staatlicher Aufgaben	91
b) Gemeindeverbände	92
3. Subjektive Rechtsstellungsgarantie	94
III. Keine Grundrechtsberechtigung der Gemeinden und Gemein-	
deverbände	94
IV. Finanzverfassungsrechtliche Garantien zugunsten der Gemein-	
den	95
1. Steuern	95
2. Finanzausgleich nach Art. 79 S. 2 LV	96
a) Festsetzung der Finanzausgleichsmasse	97
b) Verteilung der Finanzausgleichsmasse auf die Gemeinden .	97
3. Kostendeckung für Aufgabenzuweisungen	98
V. Anhang	102
I. Die Verfahren vor dem Verfassungsgerichtshof	103
I. Verhältnis von bundes- und landesverfassungs- gerichtlichen	
Verfahren	103
II. Die einzelnen Verfahrensarten	105
1. Das Organstreitverfahren (Art. 75 Nr. 2 LV)	105
a) Zulässigkeit	105
aa) Verfahrensbeteiligte	105
bb) Verfahrensgegenstand	106
cc) Antragsbefugnis	106
dd) Form und Frist	106
ee) Rechtsschutzbedürfnis	107

	Seite
b) Begründetheit	107
c) Prüfungsschema	107
2. Die abstrakte Normenkontrolle (Art. 75 Nr. 3 LV)	108
a) Zulässigkeit	108
aa) Antragsberechtigung	108
bb) Verfahrensgegenstand	109
cc) Zweifel oder Meinungsverschiedenheiten	109
dd) Form und Frist	109
b) Begründetheit	110
c) Prüfungsschema	111
3. Die konkrete Normenkontrolle (Art. 100 Abs. 1 GG)	111
a) Zulässigkeit	111
aa) Vorlageberechtigung	111
bb) Vorlagegegenstand	112
cc) Entscheidungserheblichkeit	112
dd) Überzeugung von der Verfassungswidrigkeit	112
ee) Form und Frist	113
b) Begründetheit	113
c) Prüfungsschema	113
4. Die Kommunalverfassungsbeschwerde (Art. 75 Nr. 5b LV)	114
a) Zulässigkeit	114
aa) Beteiligte	114
bb) Beschwerdegegenstand	114
cc) Beschwerdebefugnis	115
dd) Rechtswegerschöpfung	116
ee) Form und Frist	116
b) Begründetheit	116
c) Prüfungsschema	117
5. Die Individualverfassungsbeschwerde (Art. 75 Nr. 5a LV)	117
a) Zulässigkeit	118
aa) Beschwerdeberechtigung („jeder“)	118
bb) Beschwerdegegenstand	118
cc) Beschwerdebefugnis	119
dd) Rechtswegerschöpfung/Subsidiarität	119
ee) Subsidiarität gegenüber dem Verfahren nach Art. 93 I Nr. 4a GG	121
ff) Form/Frist/Begründung	121
gg) Rechtsschutzbedürfnis	122
b) Begründetheit	122
6. Sonstige Verfahrensarten	123
III. Anhang	124
J. Antworten zu den Kontrollfragen	124
I. Abschnitt B.	124
II. Abschnitt C.	125
III. Abschnitt D.	125
IV. Abschnitt E.	125

	Seite
V. Abschnitt F	126
VI. Abschnitt G.	126
VII. Abschnitt H.	126
VIII. Abschnitt I.	127

§ 2. Kommunalrecht (Hellermann)

A. Einführung	128
I. Das Kommunalrecht in NRW in Ausbildung und Prüfung	128
II. Grundlagen: Das Rechtsgebiet des Kommunalrechts in NRW	129
1. Der Verwaltungsorganisationstyp der kommunalen Selbst-	
verwaltung	129
a) Unmittelbare und mittelbare Staatsverwaltung	129
b) Begriff und Funktion der (kommunalen) Selbstverwal-	
tung	130
2. Historische Entwicklung	131
a) Bis 1945	131
b) Seit 1945	133
c) Jüngere Modernisierungsbestrebungen	134
aa) Verwaltungsmodernisierung	134
bb) Bürgergesellschaft auf kommunaler Ebene	135
3. Rechtsgrundlagen	135
a) Verfassungsrechtliche Grundlagen	135
aa) Allgemeiner verfassungsrechtlicher Rahmen	136
bb) Die Verfassungsgarantie kommunaler Selbstverwal-	
tung	136
cc) Ergänzende Verfassungsregelungen	138
b) Gesetzgebungszuständigkeiten nach dem GG	139
c) Einfachrechtliche Rechtsgrundlagen im Landesrecht	139
4. Kommunen und Europarecht	140
a) Rechtsstellung im Primärrecht	140
b) Kompetenzielle Grenzen einer Europäisierung der Ver-	
waltungs- organisation	141
c) Europäisierung des zu vollziehenden Rechts	141
5. Anhang	142
III. Konzeption und Gang der Darstellung	143
B. Die Rechtsstellung der Gemeinden im Staat	144
I. Rechtsstellung und Existenzgrundlagen	144
1. Begriff und Rechtsstellung	144
2. Gemeindegebiet	146
3. Finanzen	146
a) Finanzausstattung	147
b) Haushaltswirtschaft	148
4. Anhang	149

	Seite
II. Gemeindliche Aufgaben und staatliche Aufsicht	150
1. System der gemeindlichen Aufgaben	150
a) Aufgabenmonismus in NRW	150
b) Unterscheidung von Aufgabentypen	152
aa) Freiwillige und pflichtige Aufgaben	152
bb) Pflichtaufgaben zur Erfüllung nach Weisung	153
c) Sonderfälle	155
aa) Staatliche Auftragsangelegenheiten	155
bb) Organleihe	156
2. Staatsaufsicht	156
a) Begriff und Funktion	156
b) Insbesondere: Allgemeine Aufsicht und Sonderaufsicht	158
aa) Allgemeine Aufsicht	158
bb) Sonderaufsicht	160
3. Anhang	160
III. Rechtsschutz im Verhältnis zwischen Gemeinde und Staat	161
1. Verfassungsgerichtlicher Rechtsschutz	161
2. Verwaltungsgerichtlicher Rechtsschutz	162
a) Statthafte Klageart	163
b) Beteiligten-/Prozessfähigkeit	164
c) Klagebefugnis	164
d) Vorverfahren	165
3. Amtshaftungsansprüche	165
4. Anhang	167
C. Die Binnenorganisation der Gemeinden	168
I. Wahlen und andere Beteiligungsformen für Einwohner und Bürger	169
1. Einwohner und Bürger	169
a) Begriff und Rechtsstellung des Einwohners	169
b) Begriff und Rechtsstellung des Bürgers	170
2. Wahlen auf Gemeindeebene	171
a) Rechtsgrundlagen	171
b) Aktives und passives Wahlrecht	171
c) Die Wahl des Rates	172
d) Die Wahl des Bürgermeisters	175
e) Rechtsschutz	175
3. Bürgerbegehren und Bürgerentscheid	176
a) Einführung und Überblick	176
b) Zulässigkeit des Bürgerbegehrens	176
aa) Bürgerbegehrensfähige Angelegenheit	176
bb) Form	177
cc) Einleitungsquorum	177
dd) Frist	178
c) Verfahrensgang von Bürgerbegehren und Bürgerent-	
scheid	178
d) Rechtsschutz	179

	Seite
aa) Klage gegen eine ablehnende Entscheidung des Rates	179
bb) Sperrwirkung des zulässigen Bürgerbegehrens	180
4. Anhang	180
II. Der Rat und seine Sitzungen	181
1. Der Rat als Organisation	181
a) Die Zusammensetzung des Rates	181
b) Ausschüsse	182
c) Fraktionen	183
2. Die Kompetenzen des Rates	185
a) Ausschließliche Kompetenzen für bestimmte Materien	186
b) Weitere materienbezogene Kompetenzregeln	186
c) Rechtsfolgen von Kompetenzverstößen	186
3. Verfahren und Beschlüsse	187
a) Ablauf der Gemeinderatssitzung und Beschlussfassung	187
b) Rechtsfolgen von Verfahrensverstößen	188
4. Die Rechtsstellung des einzelnen Ratsmitglieds	189
a) Mitgliedschaftlicher Status	189
b) Ordnungs- und Hausrechtsmaßnahmen	190
c) Mitwirkungsverbot wegen Befangenheit	191
d) Das kommunalrechtliche Vertretungsverbot	193
5. Anhang	194
III. Der Bürgermeister und die Vertretung der Gemeinde nach außen	195
1. Das Organ Bürgermeister und die Gemeindeverwaltung	196
2. Die Kompetenzen des Bürgermeisters	198
a) Geschäftsleitungs- und Organisationsgewalt	198
b) Kompetenzen im Verhältnis zum Rat	198
c) Materienbezogene Kompetenzen, insbesondere Geschäfte der laufenden Verwaltung	199
d) Ausführungskompetenzen	200
e) Heranziehung des Bürgermeisters im Wege der Organ- leihe	200
3. Vertretung der Gemeinde nach außen	201
a) Vertretung der Gemeinde bei den verschiedenen Hand- lungsformen	201
b) Fehlerfolgenrecht bei Außenvertretung ohne erforderli- chen Ratsbeschluss	201
c) Vertretung der Gemeinde bei Verpflichtungserklärungen ...	202
aa) Schriftform- und Unterzeichnungserfordernis	202
bb) Rechtsfolge von Verstößen	203
4. Anhang	204
IV. Rechtsschutz im Innenrechtsverhältnis (Kommunalverfassungs- streit)	205
1. Grundlagen	205
2. Zulässigkeit von Kommunalverfassungsstreitigkeiten	206
a) Verwaltungsrechtsweg	206

	Seite
b) Klageart	206
c) Klagebefugnis	207
d) Beteiligten- und Prozessfähigkeit, passive Prozessführungs- befugnis	208
3. Die Entscheidung im Kommunalverfassungsverstreit	209
4. Anhang	209
D. Handlungsformen und Instrumente	210
I. Satzungen	210
1. Grundlagen	210
a) Begriff	210
b) Abgrenzung zu anderen Handlungsformen	211
c) Erscheinungsformen	212
2. Anforderungen an die Ermächtigungsgrundlage für gemeindliche Satzungen	213
3. Formelle Anforderungen an gemeindliche Satzungen	214
a) Kompetenz	214
b) Verfahren	215
c) Fehlerfolgenrecht	216
4. Materielle Anforderungen an gemeindliche Satzungen	216
a) Einfachrechtliche Anforderungen	216
b) Materiellverfassungsrechtliche Anforderungen	217
5. Kontrolle und Rechtsschutz	217
a) Verwaltungsinterne Kontrolle	217
b) Rechtsschutz	218
aa) Unmittelbare Kontrolle	218
bb) Inzidente Kontrolle	218
6. Anhang	219
II. Öffentliche Einrichtungen	219
1. Begriff und Abgrenzung	220
2. Die gemeindliche Entscheidung über Schaffung und Organisationsform	221
a) Entscheidungsfreiheit hinsichtlich der Schaffung	221
b) Wahlfreiheit hinsichtlich der öffentlich- oder privatrechtlichen Organisationsform	222
3. Das Rechtsverhältnis zwischen Gemeinde bzw. Einrichtungsbetreiber und Einwohner	223
a) Zwei-Stufen-Theorie	223
b) Wahlfreiheit hinsichtlich der öffentlich- oder privatrechtlichen Ausgestaltung der Stufe des „Wie“	223
c) Rechtsfolgen auf der Stufe des „Wie“	224
4. Zulassungsanspruch der Einwohner	225
a) Vorrangige Spezialvorschriften	225
b) Der Zulassungsanspruch nach § 8 Abs. 2 GO	226
aa) Anspruchsberechtigung	226
bb) Reichweite und Grenzen des Anspruchs	227

	Seite
cc) Adressat des Anspruchs	229
dd) Rechtsschutz	230
c) Anspruch auf ermessensfehlerfreie Entscheidung über eine Sonderbenutzung	231
5. Anschluss- und Benutzungszwang	232
a) Begriff und Anwendungsbereich	233
b) Voraussetzungen	233
c) Vereinbarkeit mit höherrangigem Recht	234
6. Anhang	234
III. Gemeindliche Wirtschaftstätigkeit	235
1. Einführung	236
a) Begriff der wirtschaftlichen Betätigung	236
b) Staatliche/gemeindliche und private Wirtschaftstätigkeit zur Wahrnehmung gemeindlicher Aufgaben	236
2. Überblick: Der rechtliche Rahmen kommunalwirtschaftli- chen Handelns	238
a) Statthaftigkeit (Ob)	238
b) Handlungsmaßstäbe (Wie)	240
aa) Europarecht	240
bb) Verfassungsrecht	240
cc) Einfaches Recht	241
3. Kommunalrechtliche Zulässigkeit gemeindlicher Wirt- schaftsbetätigung	242
a) Bankunternehmen	242
b) Nichtwirtschaftliche Betätigung gemeindlicher Einrich- tungen	242
c) Wirtschaftliche Unternehmen (Schränkentrias)	243
aa) Öffentlicher Zweck	243
bb) Leistungsfähigkeit	244
cc) Sog. Funktionssperre	244
d) Insbesondere: Überörtliche und ausländische Betätigung gemeindlicher Unternehmen und Einrichtungen	244
e) Insbesondere: Gemeindliche Energiewirtschaft	245
4. Die Organisationsformen gemeindlicher Unternehmen	246
a) Öffentlich-rechtliche Organisationsformen	246
b) Privatrechtliche Organisationsformen	247
aa) In Betracht kommende privatrechtliche Organisa- tionsformen	248
bb) Kommunalrechtliche Vorgaben	248
5. Konkurrentenschutz	249
a) Rechtsweg	250
b) Klageart	250
c) Klagebefugnis	250
d) Begründetheit	251
6. Anhang	251

	Seite
E. Kreise und weitere kommunale Träger	252
I. Die Kreise	252
1. Bestand und Rechtsstellung	252
2. Finanzierung	253
3. Aufgaben	253
a) Wirkungskreis	253
b) Aufgabentypen und staatliche Aufsicht	255
c) Handlungsformen und Instrumente	256
4. Kreisorgane	256
a) Der Kreistag	256
b) Der Landrat	257
c) Der Kreisausschuss	257
5. Anhang	258
II. Die Landschaftsverbände	259
1. Bestand und Rechtsstellung	259
2. Aufgaben	259
3. Organe	259
4. Anhang	260
III. Die kommunale Gemeinschaftsarbeit	260
1. Zweckverbände	261
2. Öffentlich-rechtliche Vereinbarungen	261
3. Anhang	262
F. Antworten zu den Kontrollfragen	262
 § 3. Polizei- und Ordnungsrecht/Versammlungsrecht <i>(Dietlein)</i> 	
A. Gefahrenabwehr als zentrale Staatsfunktion	269
I. Staatsphilosophische Grundlagen	269
II. Gefahrenabwehr als Verfassungspflicht	270
III. Notwehrrechte im Konzept des staatlichen Gewaltmonopols	271
IV. Gefahrenabwehrrechtliche Kompetenzverteilung nach dem Grundgesetz	274
1. Sicherheitsgesetzgebung	274
2. Verwaltungszuständigkeiten	276
3. Polizeirecht und Europa	278
4. Ergebnis	278
V. Anhang	279
B. Polizei- und Ordnungsgesetzgebung in Nordrhein-Westfalen ..	279
I. Die Polizeiverwaltung und ihre Behördenstruktur	280
II. Die Ordnungsverwaltung und ihre Behördenstruktur	282
III. Die Kompetenzverteilung im Einzelnen	284
1. Grundsatz der Subsidiarität (§ 1 Abs. 1 S. 1 und 3 PolG)	284
2. Vorbeugende Bekämpfung von Straftaten – Abgrenzung von der Strafverfolgung	285

	Seite
3. Schutz privater Rechte	289
4. Spezialzuständigkeiten	290
5. Sonstige Zuständigkeiten	290
IV. Grenzüberschreitende Einsätze	292
V. Anhang	293
C. Grundlagen der polizeilichen Eingriffsverwaltung	294
I. Allgemeines	294
II. Befugnisnormen des Polizei- und Ordnungsbehördenge- setzes	295
III. Die polizei- und ordnungsbehördliche Generalklausel	298
IV. Anhang	300
D. Der Gefahrenbegriff als zentrale tatbestandliche Eingriffs- voraussetzung	300
I. Öffentliche Sicherheit	301
1. Schutz der Individualrechtsgüter	301
2. Schutz der Unversehrtheit der objektiven Rechtsordnung	302
3. Schutz des Bestandes, der Einrichtungen und der Veranstal- tungen des Staates	303
II. Das Schutzgut der öffentlichen Ordnung	303
III. Der Gefahrenbegriff	306
1. Gefahr – Belästigung	306
2. Notwendigkeit einer „abgestuften“ Gefahrenschwelle	306
3. Notwendigkeit einer „ex ante“-Betrachtung	308
4. Gefahrenvarianten	311
IV. Anhang	314
E. „Verantwortlichkeit“ – Die Adressatenproblematik bei Ge- fahrenabwehrmaßnahmen	315
I. Die Handlungsverantwortlichkeit	316
1. Begriff der „Ursächlichkeit“	317
2. Haftung für das Verhalten Dritter	321
II. Die Zustandsverantwortlichkeit	322
1. Gefahrverursachung durch ein Tier oder eine Sache	323
2. Adressaten	324
3. Grenzen der Zustandsverantwortlichkeit	326
III. Der „Nichtstörer“ im polizeilichen Notstand	330
IV. Der Anscheins- und Verdachtsstörer	332
1. Notwendigkeit eines Verursachungsbeitrages?	332
2. Durchgriff auf den wirklichen Verursacher?	334
V. Rechtsnachfolge in die polizei- und ordnungsrechtliche Ver- antwortlichkeit	335
1. „Verantwortlichkeit“ als individuelle Pflichtenposition	335
2. Nachfolgefähigkeit	335
3. Nachfolgetatbestand	336
VI. Der Staat als Adressat von Gefahrenabwehrmaßnahmen	337
VII. Anhang	338

	Seite
F. Das Opportunitätsprinzip – Ermessen	339
I. Ebenen der Ermessensausübung	340
1. Entschließungsermessen	340
2. Störerauswahlermessen	341
3. Handlungsermessen (Auswahlermessen in sachlicher Hin- sicht)	343
II. Ermessensfehler	346
1. Ermessensnichtgebrauch	346
2. Ermessensfehlgebrauch	347
3. Ermessensüberschreitung	348
III. Anhang	349
G. Die klassische „Polizeirechtsklausur“ – Prüfungsschema der Generalklausel	349
I. Eingriffsermächtigung	350
II. Formelle Rechtmäßigkeit	350
III. Materielle Rechtmäßigkeit	351
IV. Anhang	352
H. Der Anspruch auf polizeiliches Einschreiten	352
I. Dogmatische Begründung	352
II. Reichweite des Anspruchs	354
III. Anhang	355
I. Die polizei- und ordnungsbehördlichen „Standardmaßnah- men“	355
I. Grundlagen	355
II. Platzverweisung (§ 34 Abs. 1 PolG)	357
1. Anwendungsbereich	357
2. Tatbestandliche Voraussetzungen	359
3. Verfahrensrechtliche Aspekte	359
III. Aufenthaltsverbot (§ 34 Abs. 2 PolG)	360
1. Anwendungsbereich	360
2. Tatbestandliche Voraussetzungen des § 34 Abs. 2 PolG	361
3. Vollziehung	362
IV. Wohnungsverweisung (§ 34a PolG)	362
1. Anwendungsbereich	362
2. Tatbestandliche Voraussetzungen	363
3. Schutz des Opfers und vollstreckungsrechtliche Fragen	363
V. Aufenthaltsvorgabe und Kontaktverbot (§ 34b PolG)	364
1. Grundlagen und systematische Einordnung der Ermächti- gung	364
2. Tatbestandliche Voraussetzungen	365
3. Verhältnismäßigkeit der Maßnahme	366
4. Das Kontaktverbot	366
5. Durchsetzung der Aufenthaltsvorgabe	366
VI. Ingewahrsamnahme (§§ 35 ff. PolG)	367
1. Anwendungsbereich	368

	Seite
2. Tatbestandliche Voraussetzungen	369
a) Der „Schutzgewahrsam“ (§ 35 Abs. 1 Nr. 1 PolG)	369
b) Der „Präventiv“- oder „Unterbindungsgewahrsam“ (§ 35 Abs. 1 Nr. 2 PolG)	370
c) Der „Durchsetzungsgewahrsam“ (§ 35 Abs. 1 Nr. 3 und 4 PolG)	372
d) Die Ingewahrsamnahme zum Schutz privater Rechte (§ 35 Abs. 1 Nr. 5 PolG)	372
e) Die Ingewahrsamnahme zur Durchsetzung von Aufenthaltsvorgaben (§ 35 Abs. 1 Nr. 6 PolG)	373
f) Die Sondertatbestände des § 35 Abs. 2 und 3 PolG	373
3. Besondere verfahrensrechtliche Voraussetzungen	374
VII. Durchsuchung (§§ 39 ff. PolG)	375
1. Die Durchsuchung von Personen	376
a) Tatbestandliche Voraussetzungen der Durchsuchung	376
b) Verfahrensrechtliche Aspekte	377
2. Die Durchsuchung von Sachen	378
3. Die Wohnungsdurchsuchung	378
a) Betreten und Durchsuchung	379
b) Tatbestandliche Voraussetzungen für das Betreten und Durchsuchen von Wohnungen	379
c) Grenzen des Betretungs- und Durchsuchungsrechts	381
d) Der „Richtervorbehalt“	381
VIII. Sicherstellung (§ 43 f. PolG)	381
a) Tatbestandliche Voraussetzungen der Sicherstellung	385
b) Fragen der Verhältnismäßigkeit	388
c) Verwahrung, Herausgabe und Kosten	388
d) Verwertung/Vernichtung	389
IX. Anhang	390
J. „Informationelle“ Standardermächtigungen	391
I. Verfassungs- und unionsrechtlicher Hintergrund	391
II. Systematik der informationellen Befugnisnormen	393
III. Die wichtigsten informationellen Eingriffsermächtigungen	393
1. Die informationelle „Generalklausel“ (§ 9 Abs. 1 PolG)	394
2. Befragung (§ 9 Abs. 2 PolG)	394
a) Tatbestandliche Voraussetzungen	395
b) Fragen der Verhältnismäßigkeit und der Vollstreckung	396
3. Vorladung/Vorführung/Vernehmung (§ 10 PolG)	396
a) Tatbestandliche und verfahrensrechtliche Voraussetzungen	396
b) Zur Geltung des § 136a StPO	397
4. Identitätsfeststellung (§ 12 PolG)	397
a) Anwendungsbereich und tatbestandliche Voraussetzungen	397
b) Ermessensfragen	398
c) Mögliche Folgemaßnahmen	399
5. Die „strategische Fahndung“	400

	Seite
a) Tatbestandliche und verfahrensrechtliche Voraussetzungen	401
b) Verhältnismäßigkeit	401
6. Erkennungsdienstliche Behandlung (§ 14 PolG)	402
7. Besondere Formen der Datenerhebung und -verwendung	403
a) Datenerhebung in besonderen Situationen	403
b) Datenerhebung mit besonderen Mitteln	405
c) Datenverwendung, Datenübermittlung und Betroffenenrechte	408
8. Rasterfahndung (§ 31 PolG)	408
a) Begriff und Verfassungsmäßigkeit der Rasterfahndung	408
b) Verfahrensrechtliche Anforderungen	409
c) Tatbestandliche Voraussetzungen	409
d) Verhältnismäßigkeitsfragen	410
9. Die elektronische Aufenthaltsüberwachung (§ 34c PolG)	410
a) Grundlagen und verfassungsrechtliche Bewertung	410
b) Voraussetzungen und Verfahren der EAÜ	411
IV. Anhang	412
K. Ordnungsbehördliche Verordnungen	412
I. Zuständigkeitsfragen	413
II. Form- und Verfahrensfragen	414
III. Materielle Rechtmäßigkeitsfragen	415
1. Die „abstrakte Gefahr“	415
2. Sonstige Rechtmäßigkeitsvoraussetzungen	416
IV. Anhang	418
L. Grundlagen des Verwaltungszwangs	418
I. Allgemeines	418
1. Vorbehalt des Gesetzes	419
2. Trennung von Verwaltungszwang und Sanktion	419
II. Die Zwangsmittel	421
1. Zwangsgeld und Ersatzzwangshaft	421
2. Ersatzvornahme	422
3. Unmittelbarer Zwang	423
4. Abgrenzungsprobleme am Beispiel des Abschleppens von PKW	425
III. Das gestufte Verfahren	426
1. Androhung des Zwangsmittels	427
2. Festsetzung des Zwangsmittels	428
3. Anwendung des Zwangsmittels	430
4. Das Klausurenschema	430
IV. Der „sofortige Vollzug“	432
V. Verfahrenswechsel und „abgekürztes“ Verfahren	434
VI. Spezialprobleme des Abschleppens von Fahrzeugen	435
VII. Kostenrecht	439
VIII. Anhang	444

	Seite
M. Polizeiliches Haftungsrecht	445
I. Haftung für rechtswidrige Handlungen	445
1. Der Amtshaftungsanspruch des § 839 BGB i. V. m. Art. 34 GG	446
a) Der haftungsrechtliche Beamtenbegriff	446
b) Handeln in öffentlich-rechtlicher Form	447
c) Amtspflichtverletzung – Drittbezug – Kausalität	447
d) Verschulden	448
e) Sonstige Beschränkungen der Amtshaftung	449
f) Anspruchsberechtigter	450
g) Anspruchsgegner	450
h) Geltendmachung des Anspruchs	450
2. Der Entschädigungsanspruch des § 39 Abs. 1 lit. b OBG	451
a) Begrenzter Anwendungsbereich	452
b) Haftungsausschluss	452
c) Begrenzung der Haftungsfolgen	453
d) Der Begriff der Rechtswidrigkeit: Handlungs- oder Er- folgsunrecht?	453
e) Sonderproblem: Haftung für „legislatives Unrecht“?	454
II. Entschädigung für rechtmäßige Beeinträchtigungen	455
1. Inanspruchnahme nach § 19 OBG	455
2. Ausschlussgründe	458
3. Haftungsumfang/Verjährung	459
III. Der Folgenbeseitigungsanspruch	460
IV. Der Regress (§ 42 Abs. 2 OBG)	462
V. Anhang	463
N. Grundzüge des Versammlungsrechts	464
I. Begriff der „öffentlichen Versammlung“	466
II. Eingriffsmöglichkeiten des Versammlungsgesetzes NRW	470
1. Anzeige- und Leitungspflicht	470
2. Versammlungsverbot und Versammlungsbeschränkungen	471
3. Umsetzung von Verbot, Auflösung und sonstigen Maßnah- men	477
4. Bild- und Tonaufnahmen bei Versammlungen	479
5. Maßnahmen im Vorfeld einer Versammlung	480
6. Maßnahmen nach Beendigung einer Versammlung	482
7. Maßnahmen gegen außenstehende Dritte	483
8. Versammlungsfreiheit und zivilrechtliches Hausrecht	483
9. Versammlungen in geschlossenen Räumen	483
10. Verlust des Versammlungsrechts durch Grundrechtsverwir- kung	484
III. Anspruch auf Einschreiten gegen eine Versammlung?	484
IV. Anhang	485
O. Antworten zu den Kontrollfragen	486
I. Abschnitt A.	486
II. Abschnitt B.	487

	Seite
III. Abschnitt C.	487
IV. Abschnitt D.	488
V. Abschnitt E.	488
VI. Abschnitt F.	489
VII. Abschnitt G.	489
VIII. Abschnitt H.	489
IX. Abschnitt I.	489
X. Abschnitt J.	490
XI. Abschnitt K.	490
XII. Abschnitt L.	490
XIII. Abschnitt M.	491
XIV. Abschnitt N.	491

§ 4. Öffentliches Baurecht (Hellermann)

A. Einführung	492
I. Das öffentliche Baurecht in NRW in Ausbildung und Prüfung	492
II. Grundlagen: Das Rechtsgebiet des öffentlichen Baurechts in NRW	493
1. Funktion des öffentlichen Baurechts	493
2. Historische Entwicklung des öffentlichen Baurechts	494
3. Gesetzgebungszuständigkeiten nach dem GG	495
4. Rechtsgrundlagen	496
a) Bauplanungsrecht	496
b) Bauordnungsrecht	497
5. Anhang	498
III. Konzeption und Gang der Darstellung	498
B. Bauleitplanung	500
I. Grundlagen	500
1. Aufgabe und Eigenart der Bauleitplanung	500
2. Die Bauleitplanung im System raumbezogener Planung	501
3. Bauleitplanung als gemeindliche Aufgabe	502
4. Zweistufiges System der Bauleitplanung	503
5. Rechtliche Eigenart, Inhalt und Gestalt insbesondere von Bebauungsplänen	504
6. Anhang	505
II. Das Verfahren der Bauleitplanung	505
1. Zuständigkeit	506
2. Verfahren der Planaufstellung, insbesondere der Aufstellung von Bebauungsplänen	506
3. Änderung, Aufhebung, Außerkrafttreten	509
a) Anwendung des Aufstellungsverfahrens	509
b) Außerkrafttreten durch Gewohnheitsrecht	509
4. Anhang	509

	Seite
III. Materiellrechtliche Anforderungen an Bauleitpläne, ins- besondere Bebauungspläne	510
1. Erforderlichkeit	510
2. Planungsleitsätze	511
a) Gebot äußerer Planeinheit	511
b) Gebot konkreter Planung	511
c) Gebot positiver Planung	512
3. Entwicklungsgebot	512
4. Bindung an andere Planungen	513
a) Horizontale Abstimmung mit nachbargemeindlicher Bauleitplanung	513
b) Vertikale Abstimmung mit überörtlichen Planungsträ- gern	514
aa) Raumordnung und Landesplanung	514
bb) Verhältnis zur Fachplanung	514
5. Numerus clausus der möglichen bauplanungsrechtlichen Festsetzungen	515
6. Abwägungsgebot (§ 1 Abs. 7 BauGB)	518
a) Abwägungsfehlerlehre	519
b) Inhaltliche Anforderungen des Gebots gerechter Abwä- gung	521
aa) Die Zusammenstellung des Abwägungsmaterials	522
bb) Abwägungsgrundsätze	522
7. Anhang	525
IV. Rechtsfehler in der Bauleitplanung und Fehlerfolgen	525
1. Bauplanungsrechtliche Fehler und Fehlerfolgenregelung	525
a) Unbeachtlichkeit von Fehlern (§ 214 Abs. 1–3 BauGB)	526
aa) Verfahrens- und Formfehler	526
bb) Materielle Fehler	527
b) Behebbarkeit von Fehlern	527
c) Rügepflichtigkeit/Unbeachtlichwerden von Fehlern	528
2. Exkurs: Kommunalrechtliche Fehler und Fehlerfolgenrege- lung	528
3. Anhang	529
V. Rechtsschutz gegen Bauleitpläne	529
1. Flächennutzungsplan	529
2. Bebauungsplan	530
a) Normenkontrolle	530
b) Verwaltungsgerichtliche Inzidentkontrolle	532
c) Verfassungsbeschwerde	532
3. Anhang	532
C. Bauplanungsrechtliche Zulässigkeit von Einzelvorhaben	532
I. Überblick	533
II. Anwendungsbereich der §§ 30 ff. BauGB	534
1. Ausgrenzung sog. privilegierter Fachplanungen (§ 38 BauGB)	534

	Seite
2. Vorhaben i. S. v. § 29 Abs. 1 BauGB	535
a) Begriff der baulichen Anlage	535
b) Errichtung, Änderung, Nutzungsänderung	536
c) Irrelevanz der Genehmigungsbedürftigkeit	536
3. Anhang	537
III. Vorhaben im beplanten Innenbereich (§ 30 Abs. 1, 2 BauGB)	537
1. Anwendungsbereich	537
2. Zulässigkeitsvoraussetzungen	538
a) Vereinbarkeit mit den Festsetzungen des Bebauungsplans ..	538
aa) Art der baulichen Nutzung (§§ 1 bis 15 BauNVO)	538
bb) Sonstige Festsetzungen	541
b) Ausnahmen und Befreiungen (§ 31 BauGB)	541
aa) Ausnahmen (§ 31 Abs. 1 BauGB)	541
bb) Befreiungen (§ 31 Abs. 2 und 3 BauGB)	542
3. Anhang	544
IV. Vorhaben im nicht (qualifiziert) beplanten Innenbereich (§ 34 BauGB)	544
1. Anwendungsbereich	545
a) Kein qualifizierter Bebauungsplan i. S. v. § 30 Abs. 1, 2 BauGB	545
b) Im Zusammenhang bebauter Ortsteil	545
aa) Auslegung des gesetzlichen Tatbestandsmerkmals	545
bb) Innenbereichssatzungen (§ 34 Abs. 4 BauGB)	546
2. Zulässigkeitsvoraussetzungen	546
a) Einfügen in die Eigenart der näheren Umgebung	547
aa) § 34 Abs. 2 BauGB	547
bb) § 34 Abs. 1 S. 1 BauGB	548
b) Gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse/Ortsbild	549
c) Auswirkungen auf zentrale Versorgungsbereiche	549
3. Anhang	550
V. Vorhaben im Außenbereich (§ 35 BauGB)	551
1. Zulässigkeit von Außenbereichsvorhaben gemäß § 35 Abs. 1, 2 BauGB	551
a) Privilegierte Vorhaben (§ 35 Abs. 1 BauGB)	552
aa) Die einzelnen Privilegierungstatbestände	552
bb) Kein Entgegenstehen öffentlicher Belange	554
cc) Schonungsgebot und Rückbauverpflichtung	555
b) Sonstige (nicht privilegierte) Vorhaben (§ 35 Abs. 2 BauGB)	555
aa) Beurteilung nach § 35 Abs. 2, 3, 5 S. 1 BauGB	555
bb) Außenbereichssatzung (§ 35 Abs. 6 BauGB)	556
2. Sonderregelungen für bestehende Anlagen	556
a) Aktiver Bestandsschutz kraft Art. 14 GG	557
b) Begünstigte/teilprivilegierte Vorhaben (§ 35 Abs. 4 BauGB)	557
3. Anhang	559

	Seite
VI. Zulässigkeit von Vorhaben während der Planaufstellung (§ 33 BauGB)	559
1. Anwendungsbereich	559
2. Zulässigkeitsvoraussetzungen	560
3. Anhang	561
VII. Weitere, übergreifende Zulässigkeitsvoraussetzungen	561
1. Erschließung	561
2. Gemeindliches Einvernehmen (§ 36 BauGB)	562
a) Funktion und Anwendungsbereich	562
b) Die gemeindliche Entscheidung über das Einvernehmen ..	564
c) Folgen eines (rechtswidrig) verweigerten gemeindlichen Einvernehmens	565
aa) Rechtsschutz des Bürgers	565
bb) Kommunalaufsichtliches Einschreiten	565
cc) Ersetzung gemäß § 36 Abs. 2 S. 3 BauGB	565
3. Anhang	566
D. Sicherung und Verwirklichung der Bauleitplanung/ Kooperation mit Privaten	567
I. Sicherung der Bauleitplanung	567
1. Veränderungssperre und Zurückstellung	567
a) Veränderungssperre (§§ 14, 16 ff. BauGB)	568
b) Zurückstellung (§ 15 BauGB)	570
2. Grundstücksteilung (§ 19 BauGB)	570
3. Vorkaufsrecht (§§ 24 ff. BauGB)	571
4. Anhang	571
II. Verwirklichung der Bauleitplanung (einschließlich Kooperation mit Privaten)	571
1. Erschließung (§§ 123 ff. BauGB)	572
2. Umlegung (§§ 45 ff. BauGB)	572
3. Städtebauliche Gebote (§§ 175 ff. BauGB)	573
4. Städtebauliche Enteignung (§§ 85 ff. BauGB)	573
5. Zusammenarbeit mit Privaten	574
a) Städtebauliche Verträge (§ 11 BauGB)	575
b) Vorhabenbezogener Bebauungsplan (§ 12 BauGB)	576
6. Anhang	577
E. Materielles Bauordnungsrecht	577
I. Allgemeine Vorschriften	578
1. Anwendungsbereich der BauO	578
2. Allgemeine Anforderungen an Anlagen (§ 3 BauO)	579
3. Abweichungen (§ 69 BauO)	580
4. Anhang	580
II. Ausgewählte, einzelne bauordnungsrechtliche Anforderungen	580
1. Verunstaltungsverbot (§ 9 BauO)	581
2. Werbeanlagen (§ 10 BauO)	581
3. Örtliche Bauvorschriften (§ 89 BauO)	582

	Seite
4. Stellplatzpflicht (§ 48 BauO)	582
5. Abstandsflächenregelung (§ 6 BauO)	583
6. Anhang	585
F. Formelles Bauordnungsrecht	585
I. Organisation der Bauaufsicht	585
1. Bauaufsichtsbehörden (§ 57 BauO)	585
2. Zuständigkeitsverteilung	586
II. Bauordnungsrechtliche Instrumentarien	586
1. Baulast (§ 85 BauO)	586
2. Instrumente präventiver Rechtmäßigkeitskontrolle	587
a) Baugenehmigung	587
aa) Genehmigungsbedürftigkeit	587
bb) Verfahrensrechtliche Voraussetzungen bzw. Anforderungen	589
cc) Materielle Rechtmäßigkeits- bzw. Anspruchsvoraussetzungen	591
dd) Rechtswirkungen und Rechtsbeständigkeit	594
b) Bauvorbescheid und Teilbaugenehmigung	596
3. Eingriffsrechte der Baurechtsbehörden	597
a) Die Ermächtigungsgrundlage des § 58 Abs. 2 S. 2 BauO ...	597
b) Ermächtigungsgrundlagen für baupolizeiliche „Standardmaßnahmen“	599
aa) Stilllegungsverfügung	599
bb) Nutzungsuntersagung	600
cc) Beseitigungsverfügung wegen baurechtswidriger Errichtung oder Änderung	600
4. Anhang	603
G. Rechtsschutz in bauaufsichtlichen Streitigkeiten	604
I. Rechtsschutz des Bauherrn	604
1. Vorgehen mit dem Ziel einer antragsgemäßen Baugenehmigung	605
a) Verpflichtungsklage auf Erteilung einer Baugenehmigung.....	605
b) Vorgehen gegen Nebenbestimmungen	606
2. Vorgehen gegen Eingriffsmaßnahmen	606
3. Anhang	606
II. Verwaltungsgerichtlicher Nachbarschutz	607
1. Begriff des Nachbarn	608
2. Nachbarschützende baurechtliche Normen	609
a) Gebot der Rücksichtnahme	610
b) Einzelne bauplanungsrechtliche Regelungen und Festsetzungen	610
c) Materielles Bauordnungsrecht	612
d) Verfahrensrechte	613
e) Grundrechte	613

	Seite
3. Vorgehen gegen eine Baugenehmigung	614
a) Nachbarklage	614
b) Vorläufiger Rechtsschutz	615
4. Vorgehen mit dem Ziel bauaufsichtlichen Einschreitens	616
5. Anhang	617
H. Antworten auf die Kontrollfragen	618

§ 5. Verwaltungsprozessuale Probleme in der Fallbearbeitung (Dietlein)

A. Das Hauptsacheverfahren	625
I. Zulässigkeit einer verwaltungsgerichtlichen Klage	626
1. Verwaltungsrechtsweg	626
a) Aufdrängende Sonderzuweisung	626
b) Generalklausel	626
aa) Öffentlich-rechtliche Streitigkeit	626
bb) Streitigkeit nichtverfassungsrechtlicher Art	627
cc) Keine abdrängende (Sonder-)Zuweisung zu einem anderen Gericht	627
2. Statthafte Klageart	628
a) Anfechtungsklage	628
b) Verpflichtungsklage	628
c) Fortsetzungsfeststellungsklage	628
d) Allgemeine Leistungsklage	629
e) Feststellungsklage	629
3. Klagebefugnis	630
4. Vorverfahren	631
5. Klagefrist	633
6. Klagegegner	634
7. Beteiligtenfähigkeit	634
8. Prozessfähigkeit	635
9. Zuständiges Gericht	635
10. Rechtsschutzinteresse	635
11. Exkurs: Objektive Klagehäufung	636
II. Begründetheit einer verwaltungsgerichtlichen Klage	636
1. Anfechtungsklage	636
2. Verpflichtungsklage	637
3. Fortsetzungsfeststellungsklage	638
4. Allgemeine Leistungsklage	638
5. Feststellungsklage	638
III. Anhang	638
B. Das Aussetzungsverfahren (sog. „80 V-er Verfahren“)	639
I. Zulässigkeit des Antrags	640
1. Verwaltungsrechtsweg	640
2. Statthafte Antragsart	640

	Seite
3. Antragsbefugnis	640
4. Antragsgegner	640
5. Beteiligten- und Prozessfähigkeit	641
6. Rechtsschutzbedürfnis	641
7. Antragsfrist	641
II. Begründetheit des Antrags	641
1. Antrag auf Anordnung oder Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung gem. § 80 Abs. 5 S. 1 VwGO	641
2. Antrag auf Feststellung der aufschiebenden Wirkung gem. § 80 Abs. 5 S. 1 VwGO analog (bei drohendem „faktischen Vollzug“)	642
III. Annexantrag auf (vorläufige) Vollzugsfolgenbeseitigung, § 80 Abs. 5 S. 3 VwGO	642
IV. Anhang	643
C. Die einstweilige Anordnung nach § 123 VwGO	643
I. Zulässigkeit des Antrags	643
1. Verwaltungsrechtsweg	643
2. Statthaftigkeit des Antrags	644
3. Antragsbefugnis	644
4. Antragsgegner	644
5. Beteiligten- und Prozessfähigkeit	644
6. Zuständiges Gericht	644
7. Rechtsschutzbedürfnis	645
II. Begründetheit des Antrags	645
1. Darlegung und Glaubhaftmachung des Anordnungsanspruchs	645
2. Glaubhaftmachung des Anordnungsgrundes	645
3. Gerichtliche Entscheidung	646
III. Anhang	646
D. Die Normenkontrolle nach § 47 VwGO	646
I. Zulässigkeit des Antrags	647
1. Verwaltungsrechtsweg	648
2. Statthafter Antragsgegenstand	648
3. Antragsbefugnis	648
4. Antragsfrist	648
5. Antragsgegner	648
6. Beteiligtenfähigkeit	649
7. Zuständiges Gericht	649
8. Rechtsschutzbedürfnis	649
II. Begründetheit des Antrags	649
III. Anhang	649
E. Antworten auf die Kontrollfragen	649
Sachverzeichnis	653


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG